

Wirtschaftliche



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

20 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag: Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 bis 11 852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 680.

Petroleum oder Wasser?

Die eigene Kraft.

Die Erkenntnis ist, wenigstens theoretisch, vorhanden, daß die deutsche Finanznot, die des Staats, wie die der einzelnen, nur dadurch allmählich beseitigt werden kann, daß die deutsche Wirtschaft wieder aktiv gemacht wird. Dazu gehört selbstverständlich, daß jede Luxuseinfuhr unterbleibt. Auch darüber ist alle Welt einig. In der Praxis freilich sind sehr viele Geschäftsleute geneigt, nur die Einfuhr des einen oder anderen für Luxus zu halten, die Waren aber, an denen sie selbst Interesse haben, für lebenswichtig und unentbehrlich zu erklären. Denn noch immer hält es der einzelne für sein heiliges Recht, Geschäfte zu machen, und er glaubt, der Verpflichtung, an die Allgemeinheit zu denken, schon dadurch gerecht zu werden, daß er sich bemüht, anderen und sich selbst einzureden, daß sein Privatvorteil irgendwie der ganzen Volkswirtschaft zugute komme.

Gegenüber dieser Moral, die für normale Zeiten verständlich und nützlich sein mag, gilt es in der jetzigen Not, den Geist einer wahrhaft puritanischen Strenge wachzurufen. Wir müssen uns darüber klar werden, daß Europa durch den Krieg und die Kriegsfolgen in eine Armut und Beschränkung zurückgeworfen wurde, wie sie nach dem Kriegsjahrhundert von 1618 bis 1713 herrschte. Man hat damals aus der Not eine Tugend, aus der Entbehrung und Entsagung eine nationalökonomische Theorie gemacht. Der Wertantizismus, der jede Einfuhr aus dem Ausland zu unterbinden und die Ausfuhr um jeden Preis zu steigern suchte, war keine müßige Erfindung, sondern die bei allen Uebertreibungen notwendige Konsequenz aus zwingenden Voraussetzungen. Wir haben einst über die „Kaffeerieder“ Friedrichs des Großen gelächelt. In der Tat gehört die Jagd der Behörden nach Uebertretungen eines Verbots, die sich in der Heimlichkeit des Hauses abspielen, zu den Aufgaben, bei denen sich auch die strengste Staatsverwaltung Niederlagen holen muß. Aber das Ziel, das den rigorosen Verehrern des Merkantilismus damals auch in den kleinsten Dingen vorschwebte, ist richtig und notwendig. Nur eine ganz konsequente, vor Uebertreibungen und Einseitigkeiten nicht zurückweichende Enthaltensamkeit konnte das gestörte Gleichgewicht in der Wirtschaftslage des damaligen Europa wieder herstellen. Etwas von diesem Geist brauchen auch wir gegenüber dem bequemem Gewährenlassen der liberalen Wirtschaftsauffassung, die sich mitten im Zusammenbruch damit tröstet, daß die Geschichte schon irgendwie wieder von selbst in Ordnung kommen werde. Die Anhänger dieser Anschauung gleichen Schwerkranken, die sich kurz vor dem letalen Ausgang besonders wohl und gehoben fühlen und sich in Dispositionen ergehen über das, was sie anfangen werden, wenn sie erst wieder völlig gesund sind.

Wir haben in letzter Zeit in Deutschland wieder Verhandlungen über die Gestaltung ausländischer Petroleuminteressen gehabt. Petroleum ist eine schöne Sache. Man kann eine ganze Menge mit und aus Petroleum machen. Im Krieg haben wir den Mangel an Petroleum bitter und schmerzlich empfunden, und auch auf die Dauer wird ein gewisser Bedarf für technische Zwecke unentbehrlich sein. Aber das Ziel der deutschen Volkswirtschaft muß sein, sich auch auf diesem Gebiet von fremden Zufuhren möglichst unabhängig zu machen. Nicht, weil wir kein Petroleum haben wollen, sondern weil wir es nicht bezahlen können. Denn Petroleum soweit es durch deutsche Arbeit oder durch deutsche Erzeugnisse ersetzt werden kann, ist unter den heutigen Verhältnissen ein Luxus, den sich das deutsche Volk nicht leisten darf. Wir haben eine Menge Wasser in Deutschland, das ungenützt zu Tal rinnt. Dieses Wasser in elektrische Kraft zu verwandeln, ist eine Aufgabe, zu der wir alle Vorbedingungen besitzen und deren Lösung deshalb eine wirtschaftliche Pflicht ist. Erst wenn der letzte Tropfen Wasser in Deutschland ausgenützt ist, soll man daran denken, fremde Treibmittel zu importieren. Eherne Gebote der deutschen Wirtschaft ist es, statt fremden Oels das deutsche Wasser zu nützen.

Die französischen Senatswahlen.

Eine Umbildung des Kabinetts in Aussicht.

Paris, 10. Januar.

Die gestrigen Senatswahlen, bei denen ein Drittel des Senats erneuert wurde, haben nach den amtlichen Ziffern eine Verstärkung der Linken Gruppen um fünf Stimmen herbeigeführt. Die Linkenrepublikaner gewannen 2, die sozialistischen Republikaner 7 Sitze, während die Radikalen 4 Sitze verloren haben. Die gemäßigten Republikaner haben weder verloren noch gewonnen. Die Rechte büßte 5 Sitze ein. Es handelte sich um die Wahl von 98 Senatoren. Zwei Resultate, die von Guadeloupe und La Réunion, sind noch nicht bekannt. Es darf angenommen werden, daß die Radikalen diese beiden Sitze behaupten.

Eine Umbildung des Kabinetts ist nunmehr mit Sicherheit zu erwarten, da drei Minister zum erstenmal

in den Senat gewählt wurden, nämlich die Abg. Sponnorat, Unterrichtsminister, und Breton, Hygieneminister sowie der Finanzminister Marsal, der dem Parlament bisher nicht angehört. Auch Justizminister P'opiteau wurde gewählt. Der Landwirtschaftsminister Ricard, der dem Parlament gleichfalls nicht angehört, wurde nicht gewählt.

Der ehemalige Präsident der Republik, Deschanel, wurde in seinem alten Wahlkreis Eure-et-Loire gewählt. Zu den Gewählten gehören auch die früheren Minister Chéron, Doumergue, Combes und Doumer sowie der Chefredakteur des „Matin“, Henry de Jouvenel. In den Bezirken Aube und Cher sind die Kandidaten der Kommunisten vernichtend geschlagen worden.

Paris, 10. Januar.

Das „Echo de Paris“ schreibt zu den Wahlen: Die einfache Prüfung der Ergebnisse des gestrigen Tages beweist klar, daß sie eine große Niederlage für den Bloc der Linken waren, für die Radikalen der Gruppe Serriot und für ihre Verbündeten, die Sozialisten.

Die „Humanité“ schreibt: Die Senatswahlen ändern nicht viel an der politischen Lage. Wir wollen nur bemerken, daß die „Sozialisten“, die durch verschiedene Kombinationen versucht haben, Sitze zu erobern, für ihre Anstrengungen nicht belohnt wurden. Die beschränkten Wahlen waren ihnen ebensowenig günstig, wie unseren Genossen, welche, um eine Rundgebung zu erlangen, eine rein sozialistische Liste aufgestellt haben. Die politische Lage wird also nach den Senatswahlen dieselbe sein, wie sie gestern war.

Die Verteilung der Rheinschiffe.

Paris, 9. Januar. (W. Z. B.)

Der „Associated Press“ wird aus Paris gemeldet, daß der gemäß dem Versailler Friedensvertrag mit der Verteilung der Binnen-schiffe in den verschiedenen internationalen Gewässern betraute Schiedsrichter Walter Dr. Sines seinen ersten Spruch gefällt hat, in dem der an Frankreich abzurückende Teil der deutschen Rheinschiffe festgelegt wird. Durch den Schiedsspruch werden etwa 253 000 Tonnen Schiffsraum an Rähnen und ferner Schleppschiffe mit einer Leistungsfähigkeit von insgesamt 24 000 Pferdekraften Frankreich zugewiesen. Dies bedeutet ungefähr 13 v. H. der Gesamttonnage der deutschen Rheinflotte. Sines gibt die verschiedenen Arten der Rähne und der Schleppfahrzeuge im einzelnen an. Etwa am 10. Februar 1921 werde er die an Frankreich abzuliefernden Fahrzeuge endgültig bezeichnen.

Der Volksentscheid in Bremen.

Bestätigung des Senats.

Der Volksentscheid in Bremen, der erste in Deutschland, ist gestern in Bremen durchgeführt worden. Die Bevölkerung des Staatsgebietes von Bremen war angerufen worden, um die Frage zu beantworten: „Soll der Senat zurücktreten?“ Die Frage wurde mit übergroßer Mehrheit verneint.

Mit Ja stimmten 74 830, mit Nein 100 354.

Für den Volksentscheid hatten sich die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten zusammengeschlossen und eine scharfe Agitation entfaltet. Trotzdem erzielte der Senat eine über alles Erwartete große Mehrheit. Offenbar haben auch sehr viele Sozialdemokraten sich für den Senat erklärt.

Bei dem Volksentscheid handelt es sich, wie in der „Wirtschaftlichen Zeitung“ ausführlich dargelegt wurde (Abendausgabe vom 4. und 6. Januar) um einen Konflikt zwischen der „Bürgerchaft“ und dem Senat. Der Senat besteht aus „bürgerlichen“ Fachleuten. Die Bürgerchaft hat eine Mehrheit der sozialistischen Richtungen, nämlich 5 Kommunisten, 37 Unabhängige und 22 Mehrheitssozialisten gegen 56 Bürgerliche. Die Mehrheitssozialisten hatten sich in letzter Zeit immer mehr an die Unabhängigen, die sich in Bremen sehr radikal gebärden, angeschlossen und zuletzt die Auflösung der Stadtwehr verlangt. Ein Mißtrauensvotum der Unabhängigen gegen den Senat beantwortete dieser mit der Anberaumung eines Volksentscheids, der mit dem glänzenden Sieg des Senats endigte. Wie aus Bremen mitgeteilt wird, hat dieses Ergebnis große Begeisterung hervorgerufen. Die nächste Folge ist die Neuwahl zur Bürgerchaft, die unter etwas anderen Bedingungen erfolgt, weil hier nicht eine sachliche Frage — die auch vom Reich geforderte Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheitsorgane — im Mittelpunkt steht, sondern das Parteiinteresse in Frage kommt.

Ueber die Einzelergebnisse wird uns noch gemeldet: Es wurden abgegeben: In Bremen-Stadt: 153 071 Stimmen (Stimmberechtigte 182 477), davon mit Nein 87 610, mit Ja 64 736, in Bremen-Land: 6206 Stimmen (Stimmberechtigte 8711), davon mit Nein 3200, mit Ja 2992, in Vegesack: 2388 Stimmen (Stimmberechtigte 2793), davon mit Nein 1568, mit Ja 810, in Bremerhaven: 11 100 Stimmen (Stimmberechtigte 16 074), davon mit Nein 6337, mit Ja 4744.

Die Memeler „Larynba“.

Die Geschichte eines verlorenen Landes.

Rein grundloseres Unrecht hat der Frieden von Versailles begangen als das gegenüber dem Memellande, wo ein rein deutsches Gebiet, eine Stadt, die seit ihrer Begründung von 625 Jahren niemals in anderen als in deutschen Händen war, wider alles Recht und alle Logik, ohne daß jemand an das berühmte Selbstbestimmungsrecht auch nur eine Sekunde gedacht hätte, von dem Vaterlande losgerissen worden ist, vor allem aber auch, ohne daß bis zu diesem Augenblick irgendwer auf Gottes weiter Welt weiß, was nun mit diesem „Territoire de Memel“ geschehen soll und wird. In Memel gab und gibt es fünf v. H. in den Landkreisen Memel, Heydenburg und Pogegen 30 bis 45 v. H. litauisch sprechende Deutsche, die von den ehemals russischen Litauern jenseits der alten Grenze eine kaum je überbrückbare Kluft der wirtschaftlichen und vor allem auch ethischen Kultur, insbesondere aber auch des religiösen Bekenntnisses trennt. Einige aus dem Gouvernement Rowno stammende, seit Jahren in der Schweiz oder in Amerika lebende großlitauische Phantasten hatten dort vom ersten Tage des Krieges an den Gedanken eines selbständigen Großlitauens betrieben. Dieses ohnehin kaum lebensfähige Litauen, so folgerten sie, wäre vollends unmöglich ohne Küstenland, ohne einen Hafen. Solche Gedanken mußten auf Widerhall stoßen in allen denjenigen Ländern der Entente, die nun, nach dem Mißer der deutschen Annexionisten, gegenüber Rußland und Deutschland ihre „Randstaatenpolitik“ durchsetzen zu müssen meinten. Im Memelland selbst aber nützten die auf die Lostrennung des Gebietes abzielenden Tendenzen gerade die ausgesprochen konservative Gesinnung der Litauer aus, die bis dahin fanatische Monarchisten waren und deren Jugend von je ihren Stolz darin gesehen hatte, zahllose „lange Kerle“ für des Königs Garde in Berlin stellen zu dürfen. Wenn die großlitauischen Agitatoren überhaupt einen, wenn auch nur sehr kleinen Kreis von Anhängern fanden, so war das eben allein möglich nach dem Zusammenbruch vom 9. November, der das politische Denken der Litauer vielleicht noch ein wenig mehr aus dem Gleichgewicht gebracht hatte, als das anderer Landsleute.

Die Hezer selber nun waren nur zu einem Teil Deutsche, in ihrer Mehrheit bisherige Russen, und zwar — wie es dem jungen Litauen ja auch sonst allenthalben an politischen und geistigen Köpfen fehlt — nach Herkunft, Erziehung, Stellung, Begabung und Charakter durchweg Subalterne. Man kann die Geschichte des verlorenen Memelgebietes und die ganze sich daran anschließende Entwicklung nicht verstehen, wenn man sich nicht auch mit der Persönlichkeit dieser sogenannten „Führer“ beschäftigt. Einiges über diese Persönlichkeiten und ihre Motive haben gerade in der letzten Zeit zwei ihrer bisherigen Gefährten, Wannagatis und Aufskulaitis, ausgesplaudert, nachdem es unter den Vorkämpfern der litauischen Idee selber zu Kampf und Spaltung gekommen war. Wannagatis ist ein ehemals preußischer Unteroffizier, der im Kriege mit Degradation bestraft wurde. Aufskulaitis tauchte zuerst auf, als er zusammen mit Wannagatis kurz nach den Novemberereignissen in der dänischen Zeitung „Rjööbenhan“ und in anderen neutralen Blättern einen „Ausruf der Litauer in Ostpreußen“ veröffentlichte, der die Abtrennung nicht nur von Memel und Heydenburg, sondern auch der Kreise Tilsit, Ragnit, Pilkallen, Stallupönen, Goldap, Insterburg, Darkehmen, Behlau, Gumbinnen, Labiau und Tapiau, also der halben Provinz Ostpreußen bis unmittelbar vor die Tore von Königsberg forderte. Wannagatis unterschrieb diesen Ausruf als „Mitglied der Landeskommission“, Aufskulaitis als „Vorsitzender der Landeskommission für Preußisch-Litauen und Leiter des 1. preußisch-litauischen Regiments“, obwohl weder eine solche Landeskommission, noch ein solches Regiment je existiert hatten. Dagegen war Aufskulaitis bald darauf „Ministerialrat“ in Rowno geworden. Neben diesen beiden Herren traten an die Spitze der Bewegung der frühere preußische konservative Landtagsabgeordnete Pfarrer Dr. Gaigalat, den viele für die Seele des Ganzen halten, und der frühere Tilsiter Gerichtsfetretär Siemoneitis, der heute als befördertes Mitglied des Memeler Landesdirektoriums fungiert, beide offenbar nur von ihrem maßlosen politischen Ehrgeiz betrieben, wenn auch Dr. Gaigalat mit seiner seelzergerischen und seiner politischen Tätigkeit noch allerlei schwunghafte Holzgeschäfte zu vereinigen gewußt hat. Ein anderer Führer war ein gewisser Stiglorus, der sich heute „Generalsekretär“ nennt und Inhaber einer Druckerei in Tilsit ist, wieder ein anderer ein gewisser Baltis, der Redakteur der von Stiglorus herausgegebenen und vom litauischen Staat finanzierten Zeitung „Rygojus“ (zu deutsch „Morgen“) ist, wieder ein anderer ein ehemaliger Student Galus usw.

Diese Männer waren es, die Ende Oktober 1918 zum erstenmal in den Tilsiter deutschen und litauischen Zeitungen ein Inserat erscheinen ließen, in dem als Unterzeichner eine „Prusu Lietuwiu Tautos Larynba“ (zu deutsch: Preußisch-litauischer Volksrat) auftrat. Aus dem Geständnis der Herren Wannagatis und Aufskulaitis weiß man heute, daß die Larynba ebenso mit dem Gelde der Rownoer litauischen Regierung ins Leben ge-